

Dr. Freiherr von Siegler

75-144-1
München 22, den 29.4.1952
Reitmorstr. 29

Herrn Ministerialdirektor
Dr. Wolfgang Schmidt

B o n n

Bundeshaus

Vertretung des Landes
Nordrhein-Westfalen beim
Bundesrat

Sehr verehrter Herr Ministerialdirektor!

Nach München zurückgekehrt möchte ich nicht verfehlen, Ihnen meinen verbindlichsten Dank für die liebenswürdige Aufnahme auszusprechen, die Sie mir gewährt haben. Eine Niederschrift unserer Unterhaltung wird Ihnen nach Fertigstellung zugehen. Ihre Angaben sind für das Institut zweifellos von großem Interesse gewesen, da Sie ja im Brennpunkt der Ereignisse vor 1933 bei der Politischen Polizei standen. Ich habe mich auch sehr gefreut, Ihnen ein bisschen Einblick in das Institut geben zu können und möchte den mir damals entfallenen Namen Ihnen mitteilen: Herr Franz Josef Furtwängler wurde vom Institut, nachdem er uns seitens der Gewerkschaften genannt worden war, mit einer Arbeit zum Thema der Gewerkschaften und der Arbeitsfront betraut.

Mit großem Interesse sehen wir hier der gelegentlichen Einsendung einer Abschrift des für Herrn Bundestagsabgeordneten Fette zusammengestellten Materials entgegen.

Es ist leicht möglich, daß sich nach Verarbeitung Ihrer Angaben noch zu klärende Restfragen ergeben. Das Institut würde sich erlauben in diesem Fall schriftlich oder mündlich bei Ihnen nochmals anzufragen.

Mit nochmaligem verbindlichem Dank und besten Empfehlungen und Grüßen verbleibe ich, sehr geehrter Herr Ministerialdirektor

Ihr sehr ergebener

(Dr. v. Siegler)

00007

75-14A-2

York *Neifassung*

Dr. Freiherr v. Siegler

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
773/52

München, den 23. Juni 1952

Niederschrift der Unterredung des Ministerialdirektors Dr. Wolfgang Schmidt, geb. 2.2.1897. Büroadresse: Bonn, beim Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen (Minister für Bundesrat-Angelegenheiten Spiecker), Bonn, Bundeshaus, Schließfach 133, durchgeführt in Bonn, am 24. 4. 1952 mit Dr. Freiherr v. Siegler im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München.

Zwischen 1919 und 1924 war ich in Ostpreußen und zwar Regierungsassessor in Königsberg und kommissarischer Landrat. Während des Kapp-Putsches wurde ich von den Putschisten verhaftet. Es kam in Königsberg zu Straßenkämpfen mit Barrikaden in den Arbeitervierteln; im Schloß, dem Regierungssitz, waren 5 - 600 Mann Zeitfreiwillige eingesetzt. Ich arbeitete in Ostpreußen eng mit Oberpräsident Winnig zusammen.

Anschließend war ich von 1924 - 1928 bei der für ganz Preußen zuständigen Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums (sog. politische Polizei), und zwar in der Gruppe zur Bekämpfung der rechtsradikalen Verbände, deren Leitung ich dann übernahm. Analog zu dieser Gruppe gab es bei der Abt. IA auch eine zur Bekämpfung der linksradikalen Verbände, damals geleitet von Mittasch und ferner eine für Spionageabwehrdienst. Die Zusammenarbeit der Abt. IA mit den anderen Ländern war nicht besonders gut, insbesondere nicht mit Bayern, wo die Bayerische Volkspartei das Heft in der Hand hatte und gewisse rechtsradikale Erscheinungen deckte. In der politischen Abt. (IA) arbeitete unter Ministerialrat Schönner damals als Hilfsarbeiter der spätere Ministerialrat Janisch (Zentrums-^{Partei}), der dann diese Abteilung von ¹⁹²⁹ 1929 - 1933 leitete, d.h. bis zu dem Zeitpunkt, als Diels Chef der politischen Polizei wurde und diese in die Gestapo umwandelte. Janisch arbeitete unter seinem bisherigen Untergebenen Diels noch bis zur Jahreswende 1935/36 weiter. Ich selbst wurde 1933 auf Grund des § 4 des Deutschen Beamtengesetzes aus dem Staatsdienst entlassen und war in den Kriegsjahren in verschiedenen Werken als Arbeiter und Angestellter tätig.

In meinem Arbeitsbereich bei der Abt. IA fiel naturgemäß

prüfung des Dienstverhältnisses

00001

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
773/52

auch die Beobachtung der Beziehungen der Reichswehr zu rechtsradikalen Organisationen. Diesbezügliches Material ist dann von mir auf Wunsch und Anfrage des Abgeordneten Scheidemann diesem bekannt gegeben worden. Es handelte sich dabei im Wesentlichen um die Verbindungen der Reichswehr mit der Sowjetunion und die in Rußland betriebenen militärischen Vorbereitungen. Den Verfasser des Buches "General zwischen Ost und West", Herrn Berndorff kenne ich aus meiner seinerzeitigen Tätigkeit in Berlin und vieles, was er in seinem Buch jetzt wiedergibt, ist mir damals bekannt und wohl auch hin und wieder mit Berndorff erörtert worden. Die Reichswehr war meines Erachtens im Herzen grundsätzlich anti-weimarisches eingestellt und unterstützte ostentativ alle Verbände, die in illoyaler Weise gleiche Ziele verfolgten.

In meinem Material, das ich für den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn F e t t e, zusammengestellt und Ihnen abschriftlich überlassen habe, sind die maßgeblichen Hinweise über die Umsturzpläne der Schwerindustrie und Großagrarien um Hugenberg und die Ruhr enthalten, insbesondere über den Hochverratsprozeß von Class und Genossen, bei dem ich als ein Hauptbelastungszeuge auftrat.

Im Jahre 1926 erhielt die Polizei Nachricht, daß vaterländische Verbände in Berlin und zwar der Stahlhelm, Wiking und Olympia zusammen mit Industrie und Großgrundbesitz Umsturzpläne verfolgten. Diese Nachrichten erhielten wir u.a. durch den Jungdeutschen Orden, an den man auch herangetreten war, und zwar durch dessen Funktionär Bornemann. Ein früherer Offizier und späterer Studienrat, überzeugter Katholik, namens Dietz, war in die Kreise um Hugenberg und den Herrenclub heringekommen. Er informierte uns über die Staatsstreichpläne Hugenbergs. In seiner Wohnung fanden wir bei einer Haussuchung:

- a) Eine Liste der 12 Spitzenmitglieder der Verschwörung aus Wirtschaft und Landwirtschaft mit Hugenberg an der Spitze. Der schwer kompromitierte Frhr. v. Oppen war Vorsitzender des Landbundes ^{in Brandenburg} und saß auf seinem Gut in Brandenburg, als der sog. letzte Edelmann Preußens. Ferner standen auf der Liste der spätere Oberpräsident der Rheinprovinz, damaliger Vorsitzender der Landwirtschaftskammer in Bonn, Frhr. v. Lüninck, der Geschäftsführer der Bergbauindustrie, Bergassessor Frinz zu Löwen-

stein, Fritz Thyssen, Generaldirektor Minoux etc. Zweck dieser geheimen Vereinbarung war Überwachung und Lähmung der Regierung in ihrer Tätigkeit. Im günstigsten Sinne war der Zweck dieser Vereinbarung gerade noch als nicht illegal anzusehen.

- b) Den Text einer Notverordnung für den Fall einer Machtergreifung. Der Wortlaut dieser Notverordnung ähnelte auffallend, vielfach wörtlich, dem Text des späteren Ermächtigungsgesetzes für Hitler.
- c) Eine Liste des neuen Kabinetts unter Vorsitz des Lübecker Bürgermeisters Neumann.
- d) Briefwechsel mit Geheimrat Class vom Alldeutschen Verband.
- e) Briefwechsel von Mitgliedern der ^{Alld. Vereinigung} ~~Vereinigung~~ mit der Gattin Kaiser Wilhelm II., Prinzessin Hermine in Doorn.

Am Mittwoch vor dem Himmelfahrtstag 1926 fanden zwischen 5 und 6 Uhr früh schlagartig überall Haussuchungen statt. Die Aktion erstreckte sich über alle Verdächtigen in ganz Deutschland. Am Mittwoch vor Himmelfahrt 1926 wurde Berlin in Alarmzustand versetzt, zumal die Reichswehr im Lager Wunsdorf eine große Zahl Zeitfreiwilliger eingezogen hatte, und auch aus den Dokumenten Andeutungen zu entnehmen waren, wonach der Geheimbund mit militärischer Unterstützung bei seinen Staatsstreichplänen rechnete. Als ich ^{Dr. Friedensburg} mit Friedensburg zu Reichskanzler Stresemann kam und ihm berichtete, verlangte er die sofortige Festnahme Eugenbergs. Ich wies darauf hin, daß das Material gegen Eugenbergs nicht ausreiche, um ihn trotz seiner Immunität festzunehmen. Stresemann versprach, daß sich die DVP im Reichstag für die Aufhebung der Immunität einsetzen werde, ~~was aber später nicht geschah~~. Es erschien uns damals als das Richtige, das wichtigste aus dem Material der Presse zu übergeben. Die Aufdeckung der Hinterleute wurde immer wieder verhindert. Die große Aktion der Abt. IA gegen die Gruppe Class erregte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen. ~~Kein~~ Schlag gegen diese Gruppen war in Deutschland ein Novum und wurde von Dr. Friedensburg bestens unterstützt.

Wie ernst dieser Umsturzplan war ergibt sich daraus, daß von russischer Seite beabsichtigt war, bei Gelegenheit dieses Staatsstreiches der Rechten einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Hierzu wurden, mit Hilfe einer Eigenmächtigkeit der deutschen

1926 war ich nicht Kanzler sondern Bundesminister
 BK

75-141-5

Botschaft in Moskau, Trotzki und der damalige Leiter der GPU Drshinski nach Berlin geschickt. Sie hatten unter dem Vorwand einer Operation in der Klinik von Prof. Klemperer in der Uhlandstrasse Unterkunft gefunden und sollten dann die Leitung des kommunistischen Gegenschlages gegen den Rechtsputsch übernehmen. Stresemann wußte davon, doch hatten die preußischen Behörden von der Anwesenheit dieser beiden hohen russischen Funktionäre in Berlin keine Kenntnis.

Nachdem ich zusammen mit meinem Chef, Polizeipräsident Grzesinski am ~~Mittwoch vor Himmelfahrt~~ vor dem geplanten Rechtsputsch der Class und Genossen bei ~~der Beschlagnahme der Akten~~ ^{von einer Besichtigung der} ~~und Verhaftung der Rädelsführer anwesend war,~~ ^{gewonnenen polizeilichen Maßnahmen zurücktrat} erhielten wir bei unserer Rückkehr am Himmelfahrtstag durch General ^{in Berlin} von Sodenstern (Senior) bzw. Graf Westarp Mitteilung von der Anwesenheit der beiden Russen. Nach Rücksprache mit Minister Severing nahmen wir mit Trotzki und Drschinski Fühlung und es gelang uns, die beiden zu bewegen, in die russische Botschaft zu übersiedeln. Die für diese Gelegenheit vorsichtshalber zusammengezogene preußische Polizei wurde so postiert, daß die Russen sie nicht zu Gesicht bekam, da sie die Bedingung gestellt hatten, daß man von ihrem Aufenthalt in Berlin nichts erfahren dürfe. ^{Im} Auftrags Stresemann entschuldigte sich Staatssekretär Schubert persönlich bei Trotzki, daß die Verlängerung des Aufenthaltes in Berlin außerhalb der Botschaft nicht möglich sei.

Im Zusammenhang mit den Fememorden mache ich insbesondere auf den Oberleutnant a.D. Schulz und Major a.D. Buchrucker aufmerksam. ~~Bei~~ ^{Bei} Schulz folgten die Henker der ~~Ma~~ ^{Ma}leute, die Feldwebel a.D. Klapproth und ~~Haacke~~ ^{Haacke} wie Bernhardinerhunde. Motiv bei den Fememorden war entweder ^{Verletzung der} ~~Verletzung~~ der Geheimhaltung bzw. Verrat von Geheimnissen und Desertion, sowie endlich Verstoß gegen die Manneszucht. In diesen illegalen Truppen und Verbänden wurde notwendigerweise straff auf Disziplin gehalten. Für Ahndungen genügten schon lange Haare oder abfällige Bemerkungen. Meine Erfahrungen über die Behandlung dieser Fememorde durch die Justiz sind unerfreulich. Es machten sich große Widerstände geltend, da viele Beamte anti-weimarisch eingestellt waren. Erst Justizminister Schmiät (Zentrum) konnte sich durchsetzen. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Schulz verlief ordentlich. Dieser wurde 4 bis 5mal, Klapproth 10 bis 12mal we-

gen Fememords zum Tode verurteilt. Der Umschwung in der Justiz wurde auch durch eine Kampagne, insbesondere der Ulstein-
 presse gegen die sogenannten nationalen Verbände unterstützt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurden auch parla-
 mentarische Ausschüsse im Landtag und im Reichstag eingesetzt; ohne daß es jedoch zu durchschlagenden Resultaten kam.

Ich weise ferner auf die Affaire Kapitän L o h m a n n hin und auf den Zwischenfall, bei dem es durch ein Giftgas-
 unglück in Hamburg im Zusammenhang mit den Rußland-Experimen-
 ten der Reichswehr mehrere Tote gab.

Ein in meinem Besitz befindliches Buch von Professor Bernhard "Hugenberg und sein Konzern" über Hugenbergs Tätig-
 keit als Wegbereiter Hitlers und Finanzier fast aller rechts-
 radikalen Vereinigungen, werde ich dem Institut zur Fotokopie
 überlassen, Dieses Buch wurde von Hugenberg sofort nach Er-
 scheinen 1928 aufgekauft und vernichtet, sodaß kaum ein Exem-
 plar existiert.

Ich stehe dem Institut im Zusammenhang vor allem mit
 meiner Tätigkeit bei der Abteilung I A, Gruppe rechtsradikaler
 Organisationen und an Hand meines für Herrn Fette zusamme-
 gestellten Materials zu jeder weiteren Auskunft zur Verfügung.
 Ich möchte abschließend darauf hinweisen, daß die Abteilung
 rechtsradikale Verbände unter meinem Nachfolger ^{und Vorkursung} Janisch ihre
 Tätigkeit praktisch einstellte, da die gesamte Zeitströmung
 damals eine solche nicht mehr begünstigte. Zur Belohnung blieb
 dann auch Janisch noch im Dritten Reich einige ^{Zeit} Jahre im
 Dienst. Zur Prozeßführung gegen Class und Genossen werde ich,
 wenn das Institut die damals erschienenen Berichte gesammelt
 hat, eine Reihe von Hinweisen geben können. Auch über den
 deutschen und preußischen Staatsgerichtshof in Leipzig und
 Vorgänge im Berliner Polizeipräsidium werde ich an Hand kon-
 kreten Materials ergänzende Mitteilungen machen können.

Wigly

An das
Institut für Zeitgeschichte

München - 22
Reitmorstr.29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Freiherr von Sieglar und erteile mein Einverständnis, daß das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen Publikationen von meinen Äußerungen ggf. unter Namensnennung Gebrauch macht bzw. sie veröffentlicht. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

Bonn, den *6. Jul. 1952*
[Signature]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

75-1111-8

NS

„Vernichtung der
Weimarer Republik“

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

AktenvermerkDortmunder
Colemann

H. Schmidt ist Ministerialdirektor keine
Ministerpräsidenten - Vertreter von NRW-Kreis
beim Bundestag. (NRW hat den Titel Ministerpräsident
abgeschafft statt dessen Ministerpräsidenten). -

Schmidt war Leiter der Abt. "nationalistische
Verbindungen" bei der Bundes. Pol. Polizei (IA)
von 1924 - 1928. Sein Nachfolger Jänich (28-33)
sprach mit Dils nach die gestapo mit entf.

Schmidt ist SPD. Er besaß nach seiner
Mitternachts Material für das Buch Bandhoff
"Jugend zwischen Ost & West", hat aber abhandelt
die Kunst der Forderung in der fünften Abt. nicht gelesen.

Abliegendes Material ist für Fette (Vors. d.
Ges. Bundes) bestimmt. Fette er. Baden-Württemberg 2/16/52

Dr. Wolfgang Schmidt
Ministerialdirektor

Bonn-Bundeshaus, 29. 4. 1952
Schließfach 133

Herrn
Dr. Freiherr von Siegler

München 22
Reitmastraße 29

Sehr geehrter Herr Freiherr von Siegler!

Wie vereinbart übersende ich Ihnen in Ergänzung unseres Gesprächs vom 24.4.1952 eine Zusammenstellung der in Frage kommenden Geschehnisse zu Ihrer persönlichen Information.

Mit verbindlicher Empfehlung

I h r

Wolfgang Schmidt
(Dr. Schmidt)

Dt. Institut z. Erf. d. Not.-Soz.

Eingeg. am 6. Mai 1952

Tgb. Nr. 283 ant.

Akt

Die Vernichtung der Weimarer Republik
durch die Führungsschicht der deutschen
Industrie und Landwirtschaft

Dr. Wolfgang Schmidt, Köln.

Vor kurzer Zeit erregten einige Äußerungen des Vorsitzenden des DGB Christian Fette in einer Rede in Südamerika über die Mitschuld der deutschen Wirtschaft am Untergang der Weimarer Republik und damit an der Entstehung des Dritten Reiches in der Öffentlichkeit lebhaftes Aufsehen. Maßgebende Vertreter der gegenwärtigen deutschen Industrieverbände wandten sich mit großer Entrüstung gegen diesen Vorwurf.

Für viele, die sich der historischen Geschehnisse in den Jahren vor 1933 noch genauer erinnern können, war dies sehr erstaunlich. Wollte man denn vergessen lassen, daß es einst eine Harzburger Front gegeben hat? Wollte man denn nichts mehr davon wissen, daß einst Hitler vor den führenden Männern der deutschen Industrie im Parkhotel in Düsseldorf noch weit vor 1933 hatte sprechen dürfen? Wollte man nichts mehr von den Verhandlungen im Hause des Bankiers von Schröder in Köln, die dort zwischen Hitler und den deutschen Wirtschaftsführern gepflogen wurden, wissen? Und vergaß man denn, daß im ersten Kabinett Hitlers Hugenberg und einige andere mit Industrie und Landwirtschaft eng verbundene konservative Männer die maßgeblichen Ressorts innehatten?

In welchem Umfange und Ausmaß die führenden Männer der deutschen Industrie und Landwirtschaft an der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 unmittelbar beteiligt waren ist in einer Reihe von Veröffentlichungen der letzten Zeit ausgiebig erörtert und ziemlich eindeutig geklärt worden. Es sei besonders auf das aufschlußreiche Buch Berndorffs über das Leben und Wirken Schleichers mit dem Titel "General zwischen Ost und West" verwiesen, das eine Fülle sehr eindeutiger Einzelheiten bringt.

Erforderlich erscheint es aber einmal, auf alle die umfangreichen und nachhaltigen Bestrebungen der organisierten deutschen Industrie und Landwirtschaft hinzuweisen, die in der Zeit bereits

al. häng. u. min.
von f. f. f.
f. f. f.

kurz nach der Entstehung der Weimarer Republik dem Sturz dieser Institution gedient haben und damit überhaupt die Voraussetzungen schufen für den Zusammenbruch der demokratisch-republikanischen Kräfte in Deutschland in den Jahren 1930 - 1933 und damit für die Machtergreifung Hitlers selbst. Ein solcher Rückblick mag umso erforderlicher sein, weil sehr namhafte Kreise, an der Spitze der Bundesjustizminister selbst, mit großer Betonung auf die angeblich staatsrechtswidrigen Einwirkungen der organisierten Kräfte der Arbeiterschaft, vornehmlich des DGB selbst, auf das gegenwärtige Staatsleben hinweisen. Aus dem, was in dieser Richtung vor 1933 durch die organisierte Industrie und Landwirtschaft geschehen ist, sollten diese Kreise wahrlich gelernt haben, daß es, wenn überhaupt, viel weniger jemals die Organisation der Arbeiterschaft gewesen sind, die sich staatsrechtlich unzulässiger Einflußmöglichkeiten bedient haben, als gerade die Kreise, die offenbar heute ein wenig sehr nach der Methode "Haltet den Dieb!" verfahren.

1. Die Inflation, Stinnes und die Weimarer Republik.

Unter den Älteren von uns werden sich noch viele jener Jahre 1922 - 1924 erinnern, in der die Mark - ähnlich wie es der franc in den letzten Jahren tat - tagtäglich wesentlich ihren Kurs wechselte und wir mit Milliarden und Billiarden rechnen mußten. Die Not, die sich aus diesem Geschehnis ergab, traf in erster Linie die Arbeiterschaft, d.h. überhaupt alle "Festbesoldeten" und mit ihr die Organisationen der Arbeiter, also die Gewerkschaften und die Arbeiterinteressen vertretenden politischen Parteien. Die für die Zwecke der Lohnkämpfe und der sozialen Aufgaben der Gewerkschaften angesammelten Mittel zerschmolzen in wenigen Wochen. Die Angestellten der Gewerkschaften konnten aus den Beiträgen, die ja von heute auf morgen oft um das Tausendfache entwertet waren, nicht mehr besoldet werden und eine allgemeine Verzweiflung zog in weite Kreise des arbeitenden Volkes ein. Demgegenüber verkaufte die Industrie ihre Produkte sehr bald nur in wertbeständigem Geld und die Kassen der Industrieverbände waren demgemäß wohl gespeist. Erinnerunglich ist aus jener Zeit wohl noch sehr gut ein Wort, das Stinnes einmal aussprach und das sinngemäß wohl etwa dahin ging, daß man durch diese Entwicklung den Einfluß der Arbeiterschaft auf Staat und Wirtschaft, der nach dem Zusammenbruch 1918 in Deutschland möglich geworden war, am schnellsten und besten wieder restlos beseitigen könne.

Die Führer in Industrie und Landwirtschaft handelten demgemäß und lehnten alle Vorschläge zu einer Stabilisierung mit zynischer Entschiedenheit ab. Als es dann doch zu dieser Stabilisierung kam, weil sonst die letzten Grundlagen des Staats- und Wirtschaftslebens in Deutschland sich aufgelöst hätten, war das eingetreten, was man sich versprochen hatte: Das Vertrauen der Arbeiterschaft in die neu geschaffene Republik war weitgehend zerstört und vernichtet worden. Alle Pläne zu einem wirklich demokratischen Wirtschaftsaufbau - man denke nur an das damals so stark diskutierte Problem der Sozialisierung - waren zuerschlagen. Es wäre wirklich eine verdienstvolle Aufgabe, heute in einer ernstesten Forschungsarbeit einmal die Gründe für das Inflationsgeschehen jener Zeit und die Zusammenhänge, die in dieser Hinsicht in einer entsprechend bewußten Haltung von Industrie und Landwirtschaft bestanden, in einwandfreier, geschichtlicher Form festzustellen, um die ungeheure Schuld aufzuzeigen, die damals die führenden Männer in Industrie und Landwirtschaft an dem Elend und der Not jener Tage auf sich geladen haben.

2. Schwarze Reichswehr, Landbund.

Ende des Jahres 1923 - Anfang 1924 ereignete sich in der Nähe von Berl in das, was man später als den sogenannten "Küstriner Putsch" bezeichnete.

hann! für an:
 eferman L-Offen
 5.
 te die Br. ufu
 mindreffenz!

Ein aktiver Generalstabsmajor der Reichswehr namens Buchrucker versuchte an der Spitze illegaler Organisationen - der schwarzen Reichswehr - die Macht zu gewinnen und seinen politischen Willen in Berlin durchzusetzen. Der Putsch scheiterte schnell da sich die Reichswehr selbst nicht weiter an ihm beteiligte. Buchrucker wurde zu einer längeren Festungshaft verurteilt, die er in Gollnow (Pommern) verbüßte.

Der Berliner Politischen Polizei fiel dann im Jahre 1925 die Aufgabe zu, die kriminellen Untaten der Schwarzen Reichswehr, die selbst sich schnell verflüchtigt hatte, zur Ahndung zu bringen. Es waren dies die sogenannten "Fememorde", d.h. Morde, die an Mitgliedern der Schwarzen Reichswehr wegen Verdachts eines möglichen Verrats oder Desertation, oder manchmal sogar nur, weil diese sich mißliebig gemacht hatten, begangen worden waren. Mit großen Mühen

Institut

gelang es den verantwortlichen Männern der Politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidioms, diese Straftaten in einzelnen aufzuklären, in langer Jagd sich der Täter zu bemächtigen und vor allem auch gegen den Widerstand der Justizorgane entsprechende Gerichtsprozesse zur Durchführung zu bringen. Die Führer der Feme, insbesondere der eigentliche Führer der Schwarzen Reichswehr, der berüchtigte Oberleutnant Schulz, eine Reihe weiterer Offiziere und der "Henker", ein Feldwebel Klapproth, wurden in mehreren Prozessen auf Grund einwandfreier Indizien und zum Teil auch Geständnissen mehrfach zum Tode verurteilt, ohne daß jedoch nach dem damaligen Brauch der Weimarer Republik die Hinrichtungen vollzogen wurden. Alle diese Männer haben, nebenbei bemerkt, nach der Machtergreifung Hitlers wieder eine erhebliche Rolle in der SA gespielt, bis sie gelegentlich des sogenannten Röhmputsches von der SS erschossen wurden. Das Interessante und Wichtige aber, das diese Prozesse damals ergaben, war die eigenartige Rolle des Vorsitzenden des Brandenburgischen Landbundes, des Frhr. von Oppen. Ihm konnte einwandfrei nachgewiesen werden, daß er und mit ihm seine Organisation der Schwarzen Reichswehr, insbesondere ihren Führer Schulz, hatte weitgehendste Freundschaft und Unterstützung angedeutet lassen und daß alle die Geschehnisse des Kustriner Putsches überhaupt nur durch die aktive Unterstützung des Landbundes möglich geworden waren. Hier hatte also die organisierte Landwirtschaft der Kernprovinz Preußens ihrer politisch durchaus verständlichen Ablehnung der Weimarer Republik auch aktiv in hochverräterischer Weise tatkräftig und nachhaltig Ausdruck gegeben. Zu einem gerichtlichen Verfahren gegen die führenden Männer des Landbundes kam es bei der betont weimarfeindlichen Haltung der Justiz selbstverständlich nicht, und auch in den Aufsehen erregenden öffentlichen Verhandlungen der damals gebildeten Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtags und des Reichstags über die Fememordprozesse war es trotz aller gegenteiligen Bemühungen der für die Polizeiaktion verantwortlichen Männer des Polizeipräsidioms nicht möglich, die wahren Hintergründe des Buchrucker-Putsches, der Schwarzen Reichswehr und ihrer Fememorde klarzustellen. Der einzige Erfolg war der, daß die preußische Polizei wenigstens dem Grundsatz Achtung verschaffte, daß ein Staat, der eine Privatjustiz, also eine Feme duldet, sich selbst aufgibt.

Opfer man sehen
 zur
 furcht

Institut

Interessant ist aber heute rückschauend, daß die damals in der Schwarzen Reichswehr ausgeübte Selbstjustiz, die Morde ohne gerichtliches Verfahren irgendwelcher Art und die dabei ausgeübten Grausamkeiten einen Auftakt dessen darstellten, was dann in SA, SS und in den Praktiken des Dritten Reiches zur Selbstverständlichkeit wurde.

3. Der Hochverratsversuch Hugenbergs 1926.

Ende 1925 zogen sich wiederum schwarze Wolken um das Gebälk der Weimarer Republik zusammen. Allenthalben war in Berlin eine vermehrte Aktivität des Stahlhelms und der sogenannten Vaterländischen Verbände überhaupt festzustellen und immer mehr nahmen diese Organisationen einen halb-militärischen, aktivistischen Charakter an. Dementsprechend wurden naturgemäß von der radikalen Gegenseite die Vorbereitungen zum Kampf und zum eventuellen Bürgerkrieg umso intensiver betrieben. Der Stahlhelm demonstrierte in wiederholten Aufmärschen seine zunehmende Macht. Die Erklärungen seiner Führer Seldte und Düsterberg wurden immer drohender und düsterer. Mit allen Mitteln versuchten die bis dahin bestehenden Vaterländischen Organisationen zu einer geschlossenen Einheit zu kommen. In Berlin bildete sich ein Kreis, der Vereinten Vaterländischen Verbände unter Führung des früheren Baltikum-Generals und sattsam bekannten Grafen von der Goltz. Dieser Kreis versuchte auch, den sich bis dahin der Republik gegenüber halbwegs loyal verhaltenden Jungdeutschen-Orden unter seinen Führern Wahrens und Bornemann für sich zu gewinnen, und gerade aus dieser Organisation kamen bald Warnungen und Vorbereitungen zu einem Staatsstreich. Im Hintergrund entfaltete der sattsam bekannte "Herrenbund" - eine Versammlung der Notabeln in Industrie und Landwirtschaft - eine immer regere Tätigkeit.

Im Frühjahr 1926 gingen dann der Berliner Polizei durch einen Studienrat Diets, der über seine Frau mit der Industrie eng verbunden war und in die Verhandlungen des Herrenbundes und des Hugenberg-Kreises Einblick hatte, konkrete Angaben zu. Diets glaubte, die kommenden Geschehnisse mit seinem religiösen Gewissen nicht mehr vereinbaren zu können.

In einer sofort bei Diets durchgeführten Haussuchung wurde

umfangreiches Material beschlagnahmt, auf Grund dessen dann bei den in Frage stehenden führenden Persönlichkeiten von Industrie und Landwirtschaft unverzüglich weitere Durchsuchungen durchgeführt werden konnten. Das Material ergab im wesentlichen folgendes:

1. Es bestand eine "Geheime wirtschaftliche Vereinigung" unter Vorsitz des Generaldirektors der Krupp-Werke, Geheimrat Hugenberg, der gleichzeitig Großgrundbesitzer war. Ihr gehörten die namhaftesten Männer aus Industrie und Landwirtschaft an, so z.B. der Präsident der Landwirtschaftskammer in Bonn, Fhr. von Lünik (nach 1933 Oberpräsident der Rheinprovinz), Frits Thyssen und Bergassessor Prinz zu Löwenstein. Zweck dieser geheimen wirtschaftlichen Vereinigung war, nach der aufgefundenen Satzung, gewissermaßen ein Schattenkabinett gegenüber der Weimarer Regierung zu bilden und mit allen Mitteln die Politik der Weimarer Republik auf Durchsetzung und Festigung der Republik zu bekämpfen.
2. Daß aber diese Bekämpfung nicht nur legal und mit den in einer Demokratie zulässigen Mitteln erfolgen sollte, ergaben die weiteren Unterlagen, insbesondere der damals aufgefunden Plan einer "Notverordnung", die der Regierung die Ermächtigung zur Beseitigung aller Grundrechte oder sonstigen demokratischen Vorschriften der Verfassung gab. Diese Notverordnung war bis ins einzelne ausgearbeitet und sie ist dann bezeichnenderweise - was nie vergessen werden sollte - fast wörtlich im Jahre 1933 nach der Machtübernahme durch Hitler und Hugenberg erlassen worden.
3. Sehr aufschlußreich war weiter eine aufgefunden Kabinettsliste, in der bis ins einzelne bereits die Ressorts nach gelungenem Staatsstreich verteilt waren und nach der der damalige Oberbürgermeister Neumann von Bübeck als Reichskanzler vorgesehen war.
4. In dem umfangreichen Material befand sich im übrigen auch ein sehr aufschlußreicher Schriftwechsel zwischen Justizrat Class, dem bekannten Führer der Al~~l~~deutschen, und Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, insbesondere der "Kaiserin" Hermine in Doorn.

75-100-17

Der Staatsstreich selbst sollte durch die Vereinigten Vaterländischen Verbände, insbesondere dem Stahlhelm durchgeführt werden und war für die allernächste Zeit damals vorgesehen.

Die Berliner Polizei mußte sich bei der Fülle von Macht und wirtschaftlichem Einfluß, die hinter den beteiligten Kreisen standen, darauf beschränken, das Material durch die Presse öffentlich bekanntzugeben und gleichzeitig die nötigen Sicherungsmaßnahmen zu treffen, um den vorgesehenen Putsch zu vereiteln. Hierdurch gelang es, den Putsch bereits in den Anfängen zu zerschlagen.

Dem damaligen Vizepräsidenten des Polizeipräsidioms, Dr. Friedensburg, gegenüber erklärte Reichsaußenminister Dr. Stresemann, als jener ihm von den Vorgängen Bericht erstattete, man möge mit aller Schärfe gegen den eigentlichen Drahtzieher und entscheidenden Mann, den Abgeordneten Hugenberg, vorgehen und er versprach im Falle eines trotz der Immunität erfolgenden polizeilichen Durchgreifens die volle parlamentarische Unterstützung seiner Fraktion, der Deutschen Volkspartei. Trotzdem mußten es die verantwortlichen Männer der preussischen Regierung für nicht tunlich halten, Hugenberg entgegen den klaren Vorschriften der Verfassung in Haft zu nehmen oder auch nur eine Haussuchung bei ihm selbst durchzuführen. War er auch für jeden, der die damaligen politischen Verhältnisse kannte, eindeutig der Mann, der mit allen Mitteln und ohne jede Rücksicht die Weimarer Republik zu zerstören versuchte, so fehlten doch die einwandfreien juristischen Handhaben, die ihn eines hochverräterischen Verbrechens auf frischer Tat verdächtigt und der Polizei die Möglichkeit eines Eingreifens gegeben hätten.

Wie ernst aber damals tatsächlich die Gefahr eines Staatsstreichs Hugenbergs und damit des Bürgerkrieges in Deutschland war, wurde noch daraus ersichtlich, daß zur gleichen Stunde des polizeilichen Einschreitens (also der Durchsuchungen) sich zwei führende russische Staatsmänner unter anderem Namen, angeblich aus Krankheitsgründen in Berlin aufhielten. Es waren dies der damalige russische Kriegskommissar Trotzki und der allgewaltige Chef der GPU Derschinski, die beide in einer Berliner Klinik, von

einer eigenen Leibwache geschützt, sich befanden und, wie die Verhandlungen der preußischen Polizei mit ihnen dann ergaben, in der Erwartung des deutschen Bürgerkriegs nach Berlin geeilt waren. Bei dem Ausmaß und der Güte des russischen Nachrichtendienstes kann wahrlich nicht angenommen werden, daß diese beiden wichtigen russischen Persönlichkeiten zu jener Zeit nach Berlin gefahren wären, wenn sie nicht mit Bestimmtheit mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Deutschland hätten rechnen können.

Jefm!
1931

Und schließlich wurden dann, nur wenige Wochen später, durch einen Zugriff süddeutscher Polizei bei dem Assessor Beest (der später einst Staatskommissar in Dänemark werden sollte) jene berüchtigten Boxheimer Dokumente sichergestellt, die den Plan und die Anlage der späteren Konzentrationslager in allen Einzelheiten enthielten und über die auch bereits Diets der Berliner Polizei gegenüber gleichlautende entsprechende Angaben gemacht hatte.

Die Berliner Polizei hatte damals nur die eine Möglichkeit, das gesamte sichergestellte Material, wie verfassungsrechtlich vorgesehen, dem Oberreichsanwalt in Leipzig zur Durchführung des Verfahrens gegen die Schuldigen zu übermitteln. Bei der sattem bekannten Einstellung der Reichsanwaltschaft war von vornherein nicht damit zu rechnen, daß diese, zum Verfassungsschutz in erster Linie berufene Instanz, wirksam eingreifen würde.

Es kam dann auch wie erwartet. Die weiteren Ermittlungen zogen sich in die Länge und erst nach langer Zeit, als über die Geschehnisse politisch schon wieder einiges Gras gewachsen war, kam es dann zu einem Hochverratsverfahren vor dem Staatsgerichtshof gegen den Justizrat Class und Genossen, bei dem nach farblos geführten Verhandlungen dieser und die anderen Gefängnisstrafen von 1 - 2 Jahren erhielten.

Hugenberg und die maßgebenden Mitglieder der geheimen wirtschaftlichen Vereinigung hatte man selbstverständlich nicht zur Rechenschaft gezogen. Bei Hugenberg hatte auch schon der Schutz der Immunität genügt, um ihn für die Reichsanwaltschaft unangreifbar zu machen.

Den Mann aber, der der Polizei die ersten konkreten Angaben gemacht hatte, Diets, verfolgte man dagegen mit aller Rücksichtslosigkeit. In dem bei ihm beschlagnahmten Material befanden sich

Institut für Sozialforschung

auch ein Schriftwechsel mit einem früheren Studienkollegen, der Artillerie-Patente besaß und angefragt hatte, ob man diese im Ausland veräußern könne. Das genügte, um Dietz in Untersuchungshaft zu nehmen und diese endlos hinzuziehen. Erst auf starkes Drängen der republikanischen Kreise, insbesondere der Liga für Menschenrechte, die auch den Verteidiger stellte, konnte nach langer Zeit die Durchführung des Strafverfahrens wegen angeblichen Landesverrates erreicht werden, bei dem Dietz dann selbstverständlich freigesprochen werden mußte. Aber man hatte ihn auf diese Weise über ein Jahr in Untersuchungshaft gehalten.

Wie die Dinge dann weitergelaufen sind, ist ja zur Genüge bekannt. Nachdem Hugenberg eingesehen hatte, daß seine Machtmittel gegenüber den republikanischen Kräften, insbesondere den Polizeikräften Preußens, zur Machtergreifung nicht ausreichten, ging er den Weg nach Harzburg, d.h. er suchte und erreichte den Zusammenschluß mit den nationalsozialistischen Kräften unter Hitler. Von diesem Augenblick an förderte Hugenberg mit allen Mitteln die Entwicklung des Nationalsozialismus und es war dann für ihn nur folgerichtig, als er im Jahre 1933 unter einem Reichskanzler Hitler endlich die langersehnte Macht als stellvertretender Reichskanzler und Innenminister übernehmen konnte. Daß es ihm in der Folgezeit dann aber so erging wie Goethe's Zauberlehrling, war nicht seine Schuld. Sein Bund mit Hitler verfiel dem Schicksal aller Revolutionen; auch hier siegte der radikalere Teil und verschlang Hugenberg und seine Männer, die ein konservatives, wenn möglich monarchisches Preußend Deutschland alten Stils hatten wieder errichten wollen.

4. Die Scherl-Presse und die Republik.

Wenn man die Geschehnisse in der Zeit 1920 - 1933 betrachtet, so darf eines nicht vergessen werden; eine demokratische Republik war nach dem Zusammenbruch 1918 und nach der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes nur möglich, wenn der Kampf um ihre Erhaltung und Durchführung mit gleichen geistigen Mitteln geführt werden konnte. Das hieß also, daß die deutsche Presse nach 1918 zumindest zur Hälfte aus Blättern demokratischer Grundhaltung und entsprechender propagandistischer Einstellung hätte bestehen



müssen. Was aber geschah, war das Gegenteil. Die Presse, die ja im wesentlichen nicht von Abonentengeldern, sondern von Inseratenaufträgen leben muß, wurde sehr bald ganz bewußt und organisch zu einer reinen Institution reaktionären Gehalts, die mit aller Entschiedenheit die Republik und ihre weitere Entwicklung ablehnte.

Schon in den Inflationsjahren verloren, ebenso wie oben ausgeführt die Organisationen der Arbeiterschaft, auch die Zeitungen der politischen Linken ihre Lebensmöglichkeit. Dieses Sterben der demokratischen Presse wurde von den gegnerischen Kreisen mit Freude begrüßt und eine Zeitung nach der anderen wechselte ihre Geldgeber und Hintermänner. Schon 1922 sah Hugenberg diese günstige Chance in voller Klarheit und organisierte seinen Pressekonzern, der direkt und über den Nachrichtendienst bald den Großteil der deutschen Presse sich dienstbar machte. Ging man in die agrarischen Provinzen, so beobachtete man, daß dort außer vielleicht einer sozialdemokratischen und einer demokratischen Zeitung der Provinzhauptstadt in allen Landkreisen insbesondere deutschnationale Ableger und Kreiszeitungen erschienen, die von den Industrie- und Landwirtschaftsverbänden, oder auch unmittelbar von den Presseorganisationen Hugenbergs getragen und gehalten wurden. Durch tausend Kanäle floß also - und je schwächer die demokratischen Kräfte wurden umso unverhüllter - Gift gegen die Weimarer Republik in die ahnungslose Bevölkerung. Die geringfügigere republikanische Presse konnte eine ausreichende Gegenwehr nicht schaffen. Dieser unablässige Ansturm von halben Wahrheiten, von Verleumdungen, von Entstellungen und Verdächtigungen aller Art, mußte und konnte im Sinne Hugenbergs nicht vergebens bleiben. Und als Hugenberg einsah, daß die instinktive Abwehr weiter Volksschichten gegenüber konservativen reaktionären Kreisen nicht ausreichend überwunden werden konnte, unterstützte er bedenkenlos die wilde Agitation der nationalsozialistischen Bewegung, die durch den Gebrauch des Wörtchens "sozialistisch" in ihrem Namen gen gegenüber der Republik verhetzten Volkskreisen noch erfolgreicher sein mußte.

Hugenberg war nicht eine Einzelperson, sondern schon seiner beruflichen Stellung nach als Generaldirektor und Leiter des Krupp Konzerns der Exponent der deutschen Schwerindustrie und auch der deutschen Landwirtschaft, in der er lange an hervorragender Stelle

2. Mitteilung?
 1. Aufl. 1928?
 2. Aufl. 1934?

4. Aufl. 1938
 1928 u. 1934
 und nach
 1934!

2. Aufl. von 1934

bei der Aufstellungskommission für Gen. u. Krupp. 00017

gewirkt hatte. Gewiß mag es unter den Führern in Industrie und Landwirtschaft noch manche gegeben haben, die die Gefahren der Hugenbergischen Politik sahen und sich zurückhielten. Trotzdem würde eine einwandfreie geschichtliche Forschung klarstellen, daß das Gros der deutschen Wirtschaftsführer damals in den Hugenbergischen Gedankengängen gelebt und ihn und damit seine Politik voll mitgetragen hat. Eindeutig ist dies ja auch dann zum Ausdruck gekommen, als Hugenberg an Stelle des gemäßigten Grafen Westarp noch lange vor 1933 die Führung der Deutschnationalen Partei übernahm und als sich damals eine nur verhältnismäßig kleine Zahl von Männern von der Deutschnationalen Partei aus diesem Grunde absonderte.

Wenn auch durch das Dritte Reich und seinen Zusammenbruch inzwischen größere und eindrucksvollere Geschehnisse uns berührt haben, so darf, wenn man den Aufbau eines demokratischen Staatwesens neu beginnen will, nie vergessen werden, was zwischen 1918 - 1933 geschehen ist. Der Widerstand der führenden Kräfte und Schichten in Industrie und Landwirtschaft gegen eine soziale Demokratie ist auch heute nicht geringer wie nach 1918. Auch jetzt werden wieder in einem immer steigendem Masse je nach dem innerpolitischen Kräfteverhältnis diese Kräfte sich zum Durchbruch zu bringen versuchen. Sie werden genau wie damals vor keinem Mittel zurückschrecken, um ihre Ziele durchzusetzen und sie werden ebenso wie sie es damals taten, auch jetzt jederzeit bereit sein, den illegalen Weg zur Macht zu gehen, wenn dieser erfolgversprechend erscheint. Wiederum versuchen die hier in Frage stehenden Kräfte genau wie nach 1918 durch die Machtmittel der Presse, des Nachrichtenwesens und des Films offen und getarnt ihre Auffassungen in die Bevölkerung hineinzutragen und sie einem wirklich demokratischen und sozialen Denken abspenstig zu machen. Wiederum wird das Schicksal der neuen Demokratie davon abhängig sein, ob die republikanisch-demokratischen Kräfte sich ausreichend stark erhalten können, oder geschwächt und nutzlos werden. Wiederum bedarf es aber auch dazu, d.h. zu dem in einer Demokratie selbstverständlichen politischen Kampf mit geistigen Mitteln, der gleichen geistigen Waffen, d.h. also eines Presse-, Nachrichten- und Filmwesens, das entweder überhaupt jedem parteipolitischen Einfluß entzogen ist - was nicht möglich ist -, oder das zumindest den reaktionären Kräften gegenüber gleiche Kraft und gleiche Einflußmöglichkeiten hat.

78-111 - 22

Brief v. 28.5.52.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ministerialdirektor Dr. Wolfgang Schmiöt in/

DER VERTRETER
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

BONN-BUNDESHAUS

Schließfach 133

75-441-23

Dr. Wolfgang Schmidt
Ministerialdirektor

Bonn-Bundeshaus, den 28.5.1952
Schließfach 133

75-111-24
Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
773/52

Herrn
Dr. Freiherr von Siegler

M ü n c h e n 22
Reitmarstraße 29

Institut für Zeitgeschichte			
Eingeg. am:		30. Mai 1952	
Jgh.-Nr.		612	
lie			

Sm
ho Br. Jy.

Sehr geehrter Herr Freiherr von Siegler!

Aus nachträglichen Gesprächen komme ich doch noch dazu, meine Darstellung zur Sache der Vernichtung der Weimarer Republik durch die Führungsschicht der deutschen Industrie und Landwirtschaft in folgenden Punkten zu berichtigen:

1. Die Boxheimer Dokumente sind nicht, wie ich irrtümlich angab, bald nach 1926, sondern erst im November 1931 beschlagnahmt worden.

2. Weiter entstand bereits im Frühherbst 1923 ein damals in Berlin viel besprochener Versuch, die Reichsregierung durch die Soldatenbünde zu stürzen und ein Direktorium an ihre Stelle zu setzen. Es war dies ein echter Plan der sogenannten Wirtschaftler; denn das fünfköpfige Gremium sollte bestehen aus den Generaldirektoren Henrich und Minoux, dem früheren Krupp-Direktor und Botschafter des Deutschen Reiches in den USA, Geheimrat Wiedfeld, und den Stahlhelmen Graf Helldorf und Düsterberg. Aber wenn die preußische Polizei je auf dem Posten gewesen ist, dann im Jahre 1923, und so hat es im Norden niemand gewagt, mit den Desperados in München gemeinsame Sache zu machen.

Mit verbindlicher Empfehlung

I h r

Wolfgang Schmidt
(Dr. Schmidt)

00019

5. Juni 1952

612/52 vS/Wz

Herrn
 Ministerialdirektor
 Dr. Wolfgang Schmidt
Bonn-Bundeshaus
 Schliessfach 133

6/6/52 u
 vS.

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Mit der Beantwortung Ihres Liebenswürdigen Briefes vom 28. Mai habe ich bis zur Verfügungstellung der Niederschrift unserer Unterhaltung gewartet. In Anbetracht des inzwischen eingetroffenen Materials von Ihnen (das Buch Bernhard~~t~~ fehlt noch) habe ich mich bei der Angelegenheit Class auf das Notwendigste beschränkt. Die von Ihnen in diesem Schreiben erwähnten Richtigstellungen wurden im Institut in der Aufzeichnung für Herrn Pette durchgeführt. War Helldorf wirklich früher Stahlhelmer, oder ist es nicht der spätere Berliner Polizeipräsident?

Das Institut hat mit Dankbarkeit von Ihrer Bereitwilligkeit Kenntnis genommen, weitere Auskünfte zu erteilen. Ich wäre Ihnen besonders dankbar, wenn Sie bei gegebener Gelegenheit Zweifelsfragen betreffend das Institut und seine Tätigkeit ganz offen zur Sprache brächten. Solche können sich bei den parlamentarischen Beratungen in Bonn oder innerhalb der Fraktionen immer ergeben. Das Institut würde grössten Wert darauf legen, dass bei dem heiklen Thema möglichst Missverständnisse gleich bei Beginn und in voller Offenheit ausgeräumt werden. Eine Tätigkeit ohne diese Klarheit würde niemanden freuen.

Mit recht herzlichen Grüssen und verbindlichen Empfehlungen verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

I.A.



(Dr. Frhr. v. Siegler)

Dr. Wolfgang Schmidt
Ministerialdirektor

Bonn-Bundeshaus, den 3.7.1952
Schließfach 133

Institut für Zeitgeschichte			
Eingeg. am:	7. Juli 1952		
Tgb. Nr.	612		

Herrn
Dr. Freiherr von Siegler
München 22
Reidmorstraße 29

Sehr geehrter Herr von Siegler!

Ich habe jetzt endlich das Berliner Buch, von dem wir sprachen, erhalten können und übersende Ihnen in der Anlage einige Auszüge, die die gravierende Bedeutung der Tätigkeit Hugenbergs für das Heraufkommen des Hitlerreichs sehr eindeutig aufweisen.

Ihr sehr ergebener

Wolfgang Schmidt

*Buch von Vogel
wäre wohl zu
fotokopieren!*

Das Buch von Ludwig Barkard

ist bei uns vorhanden!

00021

h. 6/52

Dubletten

(Durchschriften)

12 S.

ZS-111-27

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr. Freiherr v. Siegler

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
773/52

München, den 23. Juni 1952

Niederschrift der Unterredung des Ministerialdirektors Dr. Wolfgang S c h m i d t, geb. 2.2.1897. Büroadresse: Bonn, beim Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen (Minister für Bundesrat-Angelegenheiten Spiecker), Bonn, Bundeshaus, Schließfach 133, durchgeführt in Bonn, am 24. 4. 1952 mit Dr. Freiherr v. Siegler im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München.

Zwischen 1919 und 1924 war ich in Ostpreußen und zwar Regierungsassessor in Königsberg und kommissarischer Landrat. Während des Kapp-Putsches wurde ich von den Putschisten verhaftet. Es kam in Königsberg zu Straßenkämpfen mit Barrikaden in den Arbeitervierteln; im Schloß, dem Regierungssitz, waren 5 - 600 Mann Zeitfreiwillige eingesetzt. Ich arbeitete in Ostpreußen eng mit Oberpräsident Winnig zusammen.

Anschließend war ich von 1924 - 1928 bei der für ganz Preußen zuständigen Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums (sog. politische Polizei), und zwar in der Gruppe zur Bekämpfung der rechteradikalen Verbände, deren Leitung ich dann übernahm. Analog zu dieser Gruppe gab es bei der Abt. IA auch eine zur Bekämpfung der linkeradikalen Verbände, damals geleitet von Mittasch und ferner eine für Spionageabwehrdienst. Die Zusammenarbeit der Abt. IA mit den anderen Ländern war nicht besonders gut, insbesondere nicht mit Bayern, wo die Bayerische Volkspartei das Heft in der Hand hatte und gewisse rechteradikale Erscheinungen deckte. In der politischen Abt. (IA) arbeitete unter Ministerialrat Schönner damals als Hilfsarbeiter der spätere Ministerialrat Janisch (Zentrums-partei), der dann diese Abteilung von 1927 - 1933 leitete, d.h. bis zu dem Zeitpunkt, als Diels Chef der politischen Polizei wurde und diese in die Gestapo umwandelte. Janisch arbeitete unter seinem bisherigen Untergebenen Diels noch bis zur Jahreswende 1935/36 weiter. Ich selbst wurde 1933 auf Grund des § 4 des Deutschen Beamtengesetzes aus dem Staatsdienst entlassen und war in den Kriegsjahren in verschiedenen Werken als Arbeiter und Angestellter tätig.

In meinem Arbeitsbereich bei der Abt. IA fiel naturgemäß

auch die Beobachtung der Beziehungen der Reichswehr zu rechtsradikalsten Organisationen. Diesbezügliches Material ist dann von mir auf Wunsch und Anfrage des Abgeordneten Scheidemann diesem bekannt gegeben worden. Es handelte sich dabei im Wesentlichen um die Verbindungen der Reichswehr mit der Sowjetunion und die in Rußland betriebenen militärischen Vorbereitungen. Den Verfasser des Buches "General zwischen Ost und West", Herrn Berndorff kenne ich aus meiner seinerzeitigen Tätigkeit in Berlin und vieles, was er in seinem Buch jetzt wiedergibt, ist mir damals bekannt und wohl auch hin und wieder mit Berndorff erörtert worden. Die Reichswehr war meines Erachtens im Herzen grundsätzlich anti-weimarisches eingestellt und unterstützte ostentativ alle Verbände, die in illoyaler Weise gleiche Ziele verfolgten.

In meinem Material, das ich für den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn F e t t e, zusammengestellt und Ihnen abschriftlich überlassen habe, sind die maßgeblichen Hinweise über die Umsturzpläne der Schwerindustrie und Großagrarien um Hugenberg und die Ruhr enthalten, insbesondere über den Hochverratsprozeß von Class und Genossen, bei dem ich als ein Hauptbelastungszeuge auftrat.

Im Jahre 1926 erhielt die Polizei Nachricht, daß vaterländische Verbände in Berlin und zwar der Stahlhelm, Wiking und Olympia zusammen mit Industrie und Großgrundbesitz Umsturzpläne verfolgten. Diese Nachrichten erhielten wir u. a. durch den Jungdeutschen Orden, an den man auch herangetreten war, und zwar durch dessen Funktionär Bornemann. Ein früherer Offizier und späterer Studienrat, überzeugter Katholik, namens Diets, war in die Kreise um Hugenberg und den Herrenklub herin gekommen. Er informierte uns über die Staatsstreichpläne Hugenbergs. In seiner Wohnung fanden wir bei einer Haussuchung:

- a) Eine Liste der 12 Spitzenmitglieder der Verschwörung aus Wirtschaft und Landwirtschaft mit Hugenberg an der Spitze. Der schwer kompromittierte Frhr. v. Oppen war Vorsitzender des Landbundes und saß auf seinem Gut in Brandenburg, als der sog. letzte Edelmann Preußens. Ferner standen auf der Liste der spätere Oberpräsident der Rheinprovinz, damaliger Vorsitzender der Landwirtschaftskammer in Bonn, Frhr. v. Länning, der Geschäftsführer der Bergbauindustrie, Bergassessor Prinz zu Löwen-

stein, Fritz Thyssen, Generaldirektor Minoux etc. Zweck dieser geheimen Vereinbarung war Überwachung und Lähmung der Regierung in ihrer Tätigkeit. Im günstigsten Sinne war der Zweck dieser Vereinbarung gerade noch als nicht illegal anzusehen.

- b) Den Text einer Notverordnung für den Fall einer Nacht-ergreifung. Der Wortlaut dieser Notverordnung ähnelte auffallend, vielfach wörtlich, dem Text des späteren Ermächtigungsgesetzes für Hitler.
- c) Eine Liste des neuen Kabinetts unter Vorsitz des Lübecker Bürgermeisters Neumann.
- d) Briefwechsel mit Geheimrat Class vom Alldeutschen Verband.
- e) Briefwechsel von Mitgliedern der Vereinigung mit der Gattin Kaiser Wilhelm II., Prinzessin Hermine in Doorn.

Am Mittwoch vor dem Himmelfahrtstag 1926 fanden zwischen 5 und 6 Uhr früh schlagartig überall Haussuchungen statt. Die Aktion erstreckte sich über alle Verdächtigen in ganz Deutschland. Am Mittwoch vor Himmelfahrt 1926 wurde Berlin in Alarmzustand versetzt, zumal die Reichswehr im Lager Wunsdorf eine große Zahl Zeitfreiwilliger eingezogen hatte, und auch aus den Dokumenten Andeutungen zu entnehmen waren, wonach der Geheimbund mit militärischer Unterstützung bei seinen Staatsstreichplänen rechnete. Als ich mit Friedensburg zu Reichskanzler Stresemann kam und ihm berichtete, verlangte er die sofortige Festnahme Hugenbergs. Ich wies darauf hin, daß das Material gegen Hugenberg nicht ausreiche, um ihn trotz seiner Immunität festzunehmen. Stresemann versprach, daß sich die DVP im Reichstag für die Aufhebung der Immunität einsetzen werde, was aber später nicht geschah. Es erschien uns damals als das Richtige, das wichtigste aus dem Material der Presse zu übergeben. Die Aufdeckung der Hinterleute wurde immer wieder verhindert. Die große Aktion der Abt. IA gegen die Gruppe Class erregte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen. Mein Schlag gegen diese Gruppen war in Deutschland ein Novum und wurde von Dr. Friedensburg bestens unterstützt. Wie ernst dieser Umsturzplan war ergibt sich daraus, daß von russischer Seite beabsichtigt war, bei Gelegenheit dieses Staatsstreiches der Rechten einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Hierzu wurden, mit Hilfe einer Eigenmächtigkeit der deutschen

Botschaft in Moskau, Trotzki und der damalige Leiter der GPU Dr. Schinski nach Berlin geschickt. Sie hatten unter dem Vorwand einer Operation in der Klinik von Prof. Klemperer in der Uhlandstrasse Unterkunft gefunden und sollten dann die Leitung des kommunistischen Gegenschlages gegen den Rechtsputsch übernehmen. Stresemann wußte davon, doch hatten die preußischen Behörden von der Anwesenheit dieser beiden hohen russischen Funktionäre in Berlin keine Kenntnis.

Nachdem ich zusammen mit meinem Chef, Polizeipräsident Grzesinski am Mittwoch vor Himmelfahrt vor dem geplanten Rechtsputsch der Ollas und Genossen bei der Beschlagnahme der Akten und Verhaftung der Rädelsführer anwesend war, erhielten wir bei unserer Rückkehr am Himmelfahrtstag durch General von Sodenstern (Senior) bzw. Graf Westarp ^{in Berlin} Mitteilung von der Anwesenheit der beiden Russen. Nach Rücksprache mit Minister Severing nahmen wir mit Trotzki und Drschinski Fühlung und es gelang uns, die beiden zu bewegen, in die russische Botschaft zu übersiedeln. Die für diese Gelegenheit vorsichtshalber zusammengezogene preußische Polizei wurde so postiert, daß die Russen sie nicht zu Gesicht bekam, da sie die Bedingung gestellt hatten, daß man von ihrem Aufenthalt in Berlin nichts erfahren dürfe. Auftrags Stresemann entschuldigte sich Staatssekretär Schubert persönlich bei Trotzki, daß die Verlängerung des Aufenthaltes in Berlin außerhalb der Botschaft nicht möglich sei.

Im Zusammenhang mit den Fememorden mache ich insbesondere auf den Oberleutnant a.D. Schulz und Major a.D. Buchrucker aufmerksam. Mit Schulz folgten die Henker der Kaelente, die Feldwebel a.D. Klapproth und Hücke wie Bernhardinerhunde. Motiv bei den Fememorden war entweder Verletzung der Geheimhaltung bzw. Verrat von Geheimnissen und Desertion, sowie endlich Verstoß gegen die Manneszucht. In diesen illegalen Truppen und Verbänden wurde notwendigerweise straff auf Disziplin gehalten. Für Ahndungen genügten schon lange Haare oder abfällige Bemerkungen. Meine Erfahrungen über die Behandlung dieser Fememorde durch die Justiz sind unerfreulich. Es machten sich große Widerstände geltend, da viele Beamte anti-weimarisches eingestellt waren. Erst Justizminister Schmidt (Zentrum) konnte sich durchsetzen. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Schulz verlief ordentlich. Dieser wurde 4 bis 5mal, Klapproth 10 bis 12mal we-

gen Fememords zum Tode verurteilt. Der Umschwung in der Justiz wurde auch durch eine Kampagne, insbesondere der Ulstein-
presse gegen die sogenannten nationalen Verbände unterstützt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurden auch parlamentarische Ausschüsse im Landtag und im Reichstag eingesetzt; ohne daß es jedoch zu durchschlagenden Resultaten kam.

Ich weise ferner auf die Affaire Kapitän L o h n a n n hin und auf den Zwischenfall, bei dem es durch ein Giftgas-
unglück in Hasburg im Zusammenhang mit den Russland-Experimenten der Reichswehr mehrere Tote gab.

Ein in meinem Besitz befindliches Buch von Professor Bernhard "Hagenberg und sein Konzern" über Hagenbergs Tätigkeit als Wegbereiter Hitlers und Finanzier fast aller rechts-
radikalen Vereinigungen, werde ich dem Institut zur Fotokopie überlassen, Dieses Buch wurde von Hagenberg sofort nach Erscheinen 1928 aufgekauft und vernichtet, sodaß kaum ein Exemplar existiert.

Ich stehe dem Institut im Zusammenhang vor allem mit meiner Tätigkeit bei der Abteilung I A, Gruppe rechteradikaler
Organisationen und an Hand meines für Herrn Fette zusammengestellten Materials zu jeder weiteren Auskunft zur Verfügung. Ich möchte abschließend darauf hinweisen, daß die Abteilung
rechtsradikale Verbände unter meinem Nachfolger Janisch ihre Tätigkeit praktisch einstellte, da die gesamte Zeitströmung
damals eine solche nicht mehr begünstigte. Zur Belohnung blieb dann auch Janisch noch im Dritten Reich einige Jahre im
Dienst. Zur Prozeßführung gegen Class und Genossen werde ich, wenn das Institut die damals erschienenen Berichte gesammelt
hat, eine Reihe von Hinweisen geben können. Auch über den deutschen und preussischen Staatsgerichtshof in Leipzig und
Vorgänge im Berliner Polizeipräsidium werde ich an Hand konkreten Materials ergänzende Mitteilungen machen können.

Wigly

An das
Institut für Zeitgeschichte

München - 22
Reitmorstr. 29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift
meiner Unterredung mit Dr. Freiherr von Siegler und erteile
mein Einverständnis, daß das Institut im Rahmen seiner
wissenschaftlichen Publikationen von seinen Äußerungen ggf.
unter Namensnennung Gebrauch macht bzw. sie veröffentlicht.
Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

Bonn, den 6. Juli 1952

gez. Dr. Wolfgang Schmidt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr. Freiherr v. Siegler

Institut für Geschichte
München
ARCHIV

München, den 23. Juni 1952

773/52

Niederschrift der Unterredung des Ministerialdirektors Dr. Wolfgang S c h m i d t, geb. 2.2.1897. Büroadresse: Bonn, beim Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen (Minister für Bundesrat-Angelegenheiten Spiecker), Bonn, Bundeshaus, Schließfach 133, durchgeführt in Bonn, am 24. 4. 1952 mit Dr. Freiherr v. Siegler im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München.

Zwischen 1919 und 1924 war ich in Ostpreußen und zwar Regierungsassessor in Königsberg und kommissarischer Landrat. Während des Kapp-Putsches wurde ich von den Putschisten verhaftet. Es kam in Königsberg zu Straßenkämpfen mit Barrikaden in den Arbeitervierteln; im Schloß, dem Regierungssitz, waren 5 - 600 Mann Zeitfreiwillige eingesetzt. Ich arbeitete in Ostpreußen eng mit Oberpräsident Winnig zusammen.

Anschließend war ich von 1924 - 1928 bei der für ganz Preußen zuständigen Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums (sog. politische Polizei), und zwar in der Gruppe zur Bekämpfung der rechtseradikalen Verbände, deren Leitung ich dann übernahm. Analog zu dieser Gruppe gab es bei der Abt. IA auch eine zur Bekämpfung der linksradikalen Verbände, damals geleitet von Mittasch und ferner eine für Spionageabwehrdienst. Die Zusammenarbeit der Abt. IA mit den anderen Ländern war nicht besonders gut, insbesondere nicht mit Bayern, wo die Bayerische Volkspartei das Heft in der Hand hatte und gewisse rechtseradikale Erscheinungen deckte. In der politischen Abt. (IA) arbeitete unter Ministerialrat Schönner damals als Hilfsarbeiter der spätere Ministerialrat Janisch (Zentrums-partei), der dann diese Abteilung von 1927 - 1933 leitete, d.h. bis zu dem Zeitpunkt, als Diels Chef der politischen Polizei wurde und diese in die Gestapo umwandelte. Janisch arbeitete unter seinem bisherigen Untergebenen Diels noch bis zur Jahreswende 1935/36 weiter. Ich selbst wurde 1933 auf Grund des § 4 des Deutschen Beamtengesetzes aus dem Staatsdienst entlassen und war in den Kriegsjahren in verschiedenen Werken als Arbeiter und Angestellter tätig.

In meinem Arbeitsbereich bei der Abt. IA fiel naturgemäß

auch die Beobachtung der Beziehungen der Reichswehr zu rechtsradikalen Organisationen. Diesbezügliches Material ist dann von mir auf Wunsch und Anfrage des Abgeordneten Scheidemann diesem bekannt gegeben worden. Es handelte sich dabei im Wesentlichen um die Verbindungen der Reichswehr mit der Sowjetunion und die in Rußland betriebenen militärischen Vorbereitungen. Den Verfasser des Buches "General zwischen Ost und West", Herrn Berndorff kenne ich aus meiner seinerzeitigen Tätigkeit in Berlin und vieles, was er in seinem Buch jetzt wiedergibt, ist mir damals bekannt und wohl auch hin und wieder mit Berndorff erörtert worden. Die Reichswehr war meines Erachtens im Herzen grundsätzlich anti-weimarisches eingestellt und unterstützte ostentativ alle Verbände, die in illoyaler Weise gleiche Ziele verfolgten.

In meinem Material, das ich für den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn F e t t e, zusammengestellt und Ihnen abschriftlich überlassen habe, sind die maßgeblichen Hinweise über die Umsturzpläne der Schwerindustrie und Großagrarien um Hugenberg und die Ruhr enthalten, insbesondere über den Hochverratsprozeß von Class und Genossen, bei dem ich als ein Hauptbelastungszeuge auftrat.

Im Jahre 1926 erhielt die Polizei Nachricht, daß vaterländische Verbände in Berlin und zwar der Stahlhelm, Wiking und Olympia zusammen mit Industrie und Großgrundbesitz Umsturzpläne verfolgten. Diese Nachrichten erhielten wir u.a. durch den Jungdeutschen Orden, an den man auch herantreten war, und zwar durch dessen Funktionär Bornemann. Ein früherer Offizier und späterer Studienrat, überzeugter Katholik, namens Diets, war in die Kreise um Hugenberg und den Herrenclub herankommen. Er informierte uns über die Staatsstreichpläne Hugenbergs. In seiner Wohnung fanden wir bei einer Haussuchung:

- a) Eine Liste der 12 Spitzenmitglieder der Verschwörung aus Wirtschaft und Landwirtschaft mit Hugenberg an der Spitze. Der schwer kompromittierte Frhr. v. Oppen war Vorsitzender des Landbundes und saß auf seinem Gut in Brandenburg, als der sog. letzte Edelmann Preußens. Ferner standen auf der Liste der spätere Oberpräsident der Rheinprovinz, damaliger Vorsitzender der Landwirtschaftskammer in Bonn, Frhr. v. Lüninck, der Geschäftsführer der Bergbauindustrie, Bergassessor Prinz zu Löwen-

stein, Fritz Thyssen, Generaldirektor Minoux etc. Zweck dieser geheimen Vereinbarung war Überwachung und Lähmung der Regierung in ihrer Tätigkeit. Im günstigsten Sinne war der Zweck dieser Vereinbarung gerade noch als nicht illegal anzusehen.

- b) Den Text einer Notverordnung für den Fall einer Machtergreifung. Der Wortlaut dieser Notverordnung ähnelte auffallend, vielfach wörtlich, dem Text des späteren Ermächtigungsgesetzes für Hitler.
- c) Eine Liste des neuen Kabinetts unter Vorsitz des Lübecker Bürgermeisters Neumann.
- d) Briefwechsel mit Geheimrat Class vom Alldeutschen Verband.
- e) Briefwechsel von Mitgliedern der Vereinigung mit der Gattin Kaiser Wilhelm II., Prinzessin Hermine in Doorn.

Am Mittwoch vor dem Himmelfahrtstag 1926 fanden zwischen 5 und 6 Uhr früh schlagartig überall Haussuchungen statt. Die Aktion erstreckte sich über alle Verdächtigen in ganz Deutschland.

Am Mittwoch vor Himmelfahrt 1926 wurde Berlin in Alarmzustand versetzt, zumal die Reichswehr im Lager Wunsdorf eine große Zahl Zeitfreiwilliger eingezogen hatte, und auch aus den Dokumenten Andeutungen zu entnehmen waren, wonach der Geheimbund mit militärischer Unterstützung bei seinen Staatsstreichplänen rechnete. Als ich mit Friedensburg zu Reichskanzler Stresemann kam und ihm berichtete, verlangte er die sofortige Festnahme Hugenberg's. Ich wies darauf hin, daß das Material gegen Hugenberg nicht ausreiche, um ihn trotz seiner Immunität festzunehmen. Stresemann versprach, daß sich die DVP im Reichstag für die Aufhebung der Immunität einsetzen werde, was aber später nicht geschah. Es erschien uns damals als das Richtige, das Wichtigste aus dem Material der Presse zu übergeben. Die Aufdeckung der Hinterleute wurde immer wieder verhindert. Die große Aktion der Abt. IA gegen die Gruppe Class erregte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen. Mein Schlag gegen diese Gruppen war in Deutschland ein Novum und wurde von Dr. Friedensburg bestens unterstützt.

Wie ernst dieser Umsturzplan war ergibt sich daraus, daß von russischer Seite beabsichtigt war bei Gelegenheit dieses Staatsstreiches der Rechten einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Hierzu wurden, mit Hilfe einer Eigenmächtigkeit der deutschen

Botschaft in Moskau, Trotzki und der damalige Leiter der GPU Drachinski nach Berlin geschickt. Sie hatten unter dem Vorwand einer Operation in der Klinik von Prof. Klemperer in der Uhlandstrasse Unterkunft gefunden und sollten dann die Leitung des kommunistischen Gegenschlages gegen den Rechtsputsch übernehmen. Stresemann wußte davon, doch hatten die preußischen Behörden von der Anwesenheit dieser beiden hohen russischen Funktionäre in Berlin keine Kenntnis.

Nachdem ich zusammen mit meinem Chef, Polizeipräsident Grzesinski am Mittwoch vor Himmelfahrt vor dem geplanten Rechtsputsch der Class und Genossen bei der Beschlagnahme der Akten und Verhaftung der Hädelsführer anwesend war, erhielten wir bei unserer Rückkehr am Himmelfahrtstag durch General von Sodenstern (Senior) bzw. Graf Westarp Mitteilung von der Anwesenheit der beiden Russen. Nach Rücksprache mit Minister Severing nahmen wir mit Trotzki und Drachinski Fühlung und es gelang uns, die beiden zu bewegen, in die russische Botschaft zu übersiedeln. Die für diese Gelegenheit vorsichtshalber zusammengezogene preußische Polizei wurde so postiert, daß die Russen sie nicht zu Gesicht bekam, da sie die Bedingung gestellt hatten, daß man von ihrem Aufenthalt in Berlin nichts erfahren dürfe. Auftrags Stresemann entschuldigte sich Staatssekretär Schubert persönlich bei Trotzki, daß die Verlängerung des Aufenthaltes in Berlin außerhalb der Botschaft nicht möglich sei.

Im Zusammenhang mit den Fememorden mache ich insbesondere auf den Oberleutnant a.D. Schulz und Major a.D. Buchrucker aufmerksam. Mit Schulz folgten die Henker der Kuleute, die Feldwebel a.D. Klapproth und Hücke wie Bernhardinerhunde. Motiv bei den Fememorden war entweder Verletzung der Geheimhaltung bzw. Verrat von Geheimnissen und Desertion, sowie endlich Verstoß gegen die Manneszucht. In diesen illegalen Truppen und Verbänden wurde notwendigerweise straff auf Disziplin gehalten. Für Ahndungen genügten schon lange Haare oder abfällige Bemerkungen. Meine Erfahrungen über die Behandlung dieser Fememorde durch die Justiz sind unerfreulich. Es machten sich große Widerstände geltend, da viele Beamte anti-weimarisch eingestellt waren. Erst Justizminister Schmidt (Zentrum) konnte sich durchsetzen. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen Schulz verlief ordentlich. Dieser wurde 4 bis 5mal, Klapproth 10 bis 12mal we-

gen Fememords zum Tode verurteilt. Der Umschwung in der Justiz wurde auch durch eine Kampagne, insbesondere der Ulsteinpresse gegen die sogenannten nationalen Verbände unterstützt. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurden auch parlamentarische Ausschüsse im Landtag und im Reichstag eingesetzt; ohne daß es jedoch zu durchschlagenden Resultaten kam.

Ich weise ferner auf die Affaire Kapitän L o h m a n n hin und auf den Zwischenfall, bei dem es durch ein Giftgasunglück in Hamburg im Zusammenhang mit den Russland-Experimenten der Reichswehr mehrere Tote gab.

Ein in meinem Besitz befindliches Buch von Professor Bernhard "Hugenberg und sein Konzern" über Hugenbergs Tätigkeit als Wegbereiter Hitlers und Finanzier fast aller rechteradikalen Vereinigungen, werde ich dem Institut zur Fotokopie überlassen. Dieses Buch wurde von Hugenberg sofort nach Erscheinen 1928 aufgekauft und vernichtet, sodaß kaum ein Exemplar existiert.

Ich stehe dem Institut im Zusammenhang vor allem mit meiner Tätigkeit bei der Abteilung I A, Gruppe rechteradikaler Organisationen und an Hand meines für Herrn Fette zusammengestellten Materials zu jeder weiteren Auskunft zur Verfügung. Ich möchte abschließend darauf hinweisen, daß die Abteilung rechteradikale Verbände unter meinem Nachfolger Janisch ihre Tätigkeit praktisch einstellte, da die gesamte Zeitströmung damals eine solche nicht mehr begünstigte. Zur Belohnung blieb dann auch Janisch noch im Dritten Reich einige Jahre im Dienst. Zur Prozeßführung gegen Class und Genossen werde ich, wenn das Institut die damals erschienenen Berichte gesammelt hat, eine Reihe von Hinweisen geben können. Auch über den deutschen und preußischen Staatsgerichtshof in Leipzig und Vorgänge im Berliner Polizeipräsidium werde ich an Hand konkreten Materials ergänzende Mitteilungen machen können.



An das
Institut für Zeitgeschichte

München - 22
Reitmorstr.29

Hiermit anerkenne ich die Richtigkeit obiger Niederschrift meiner Unterredung mit Dr. Freiherr von Sieglar und erteile mein Einverständnis, daß das Institut im Rahmen seiner wissenschaftlichen Publikationen von seinen Äußerungen ggf. unter Namensnennung Gebrauch macht bzw. sie veröffentlicht. Ich stelle hierfür keine finanziellen Ansprüche.

Bonn, den 6.Juli 1952 gez. Dr. Wolfgang Schmidt

